

Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-4554

Telefax (0611) 31-3902

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Sachbearbeiter: Herr Weinert

E-mail: dietmar.weinert@wiesbaden.de

Wiesbaden, 2. März 2007

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 06.03.2007, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden**

-Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt.-

Tagesordnung I

1. 07-F-25-0027

Sachstand zur geänderten Gesetzeslage des Baugesetzbuches

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP vom 14.02.2007 –

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zu berichten

1. inwieweit es, aufgrund der neuen Gesetzeslage des Baugesetzbuches möglich ist, mit
verringertem zeitlichen, personellem und finanziellen Aufwand Bebauungspläne aufzustellen.

2. welche Chancen sich dadurch für eine nachhaltige, bürgerfreundliche Stadtentwicklung im Bestand ergeben.

3. welche Gefahren andererseits durch die Abschwächung des §34 für die Stadtentwicklung bestehen.

2. 07-F-25-0026

Sachstand Taxiverkehr in Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 14.02.2007 –

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zu berichten

- ob und wenn ja, welche Konzeption zur Einrichtung bzw. Erhalt von Taxenstandplätzen in Wiesbaden besteht.

- inwiefern der Magistrat Steuerungs- und Schulungsmöglichkeiten hinsichtlich der Angebotsqualität (Serviceverhalten, Fahrverhalten etc.) sieht.

- inwiefern sich für den wichtigen Standort „Hauptbahnhof“ eine Lösung der Problemlage ergeben hat und falls nein, welche Möglichkeiten der Magistrat zur Verbesserung der Situation sieht.

3. 07-F-25-0025

Sporthalle am Platz der Deutschen Einheit

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 21.02.2007 –

Der Magistrat wird gebeten mit Bezug auf die Vorlage 07-V-40-0004 Erhöhung der Schulbaupauschale 2007 zu berichten:

- welche Überlegungen es seitens des Magistrates gibt, eine Sporthalle auf bzw. am Platz der deutschen Einheit zu errichten
- ob eine solche Halle neben der Nutzung als Schulsporthalle auch anderen Nutzungen (z.B. Vereinssport) zugeführt werden kann
- ob es bereits Überlegungen bezüglich infrastruktureller Maßnahmen (z.B. Tribünenplätze, Parkmöglichkeiten etc.) gibt
- ob die Absicht besteht, evtl. auch kommerzielle Nutzungen in einem solchen Projekt zu integrieren?
- wie die Finanzierung geplant ist
- wie sich diese Planung gegenüber der Überlegung einer Mehrzweckhalle am HBF/ oberhalb ESWE-Betriebshof verhält

4. 07-F-07-0012

Stadtplanung im Bereich zwischen Wilhelmstraße und Langgasse

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 27.02.2007 –

Der Ausschuß möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob es Planungen gibt, und wenn ja, welche, zur stadtplanerischen Verbesserung des Gebietes zwischen Wilhelmstraße und Langgasse, also vom Kurplatz hinüber zum hinteren Teil der Langgasse. Dabei sollte besonders eingegangen werden auf die Gestaltung des Drei-Lilien-Platzes und der Schellenberg-Passage.

5. 07-F-25-0012

ANLAGE

Sicherstellung des qualitativen ÖPNV für Wiesbaden - Weichenstellung für die Zukunft

- **Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 8.2.2007 -**

6. 07-F-01-0010

ANLAGE

Wiesbadener Busverkehr in Wiesbadener Hand

- **Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 8.2.2007 -**

7. 07-F-25-0028

Projekt "Shared Space" für Wiesbaden prüfen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN und FDP vom 27.02.2007 –

Der Ausschuss Planung, Bau und Verkehr möge beschließen:

Vorbemerkung:

Während der letzten Jahrzehnte wurde die Raumplanungspolitik weitgehend vom Verkehr und damit verbundenen Bestrebungen wie Verkehrsfluss und Verkehrssicherheit geprägt. Oft geschah dies auf Kosten der Qualität unserer Umgebung und unseres Lebensraums. Der Platz der Deutschen Einheit oder auch der Platz der Republik in Frankfurt sind Ergebnisse dieser Grundhaltung. Doch langsam findet ein Umdenken statt. Nun soll die Gestaltung des öffentlichen Raums nicht mehr nur den verkehrlichen Erfordernissen genügen. Die Kombination und Integration der vielen verschiedenen Funktionen des öffentlichen Raums, wie z. B. Bummeln, Erholen, Spielen und Treffen soll im Mittelpunkt stehen. Die Qualität unseres Lebensraums soll dadurch verbessert werden, ohne jedoch den motorisierten Verkehr daraus zu verbannen.

Dies verfolgt das aus den Niederlanden stammende Konzept ‚Shared Space‘. Es vereint multimodale verkehrliche Anforderungen mit solchen nach Aufenthaltsqualität. Hierbei soll

anstelle der vielfach eindimensionalen Ausrichtung des öffentlichen (Straßen-)Raumes auf die Verkehrsfunktion mit ‚Shared Space‘ die Kombination und Integration der verschiedenen Raumfunktionen entwickelt werden. Die Kombination der unterschiedlichen Bedürfnisse zeigt positive Wirkung hinsichtlich Verkehrssicherheit und -fluss sowie der Belebung öffentlicher Räume mit entsprechenden Effekten auf die Stärkung des lokalen Einzelhandels.

Eingedenk dieser Vorbemerkung wird der Magistrat gebeten,

1. mit Vertretern des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main Gespräche zu führen, um die notwendigen Voraussetzungen zu eruieren, wie Wiesbaden an dem Projekt ‚Shared Space‘ teilhaben kann,
2. die Inhalte des Projektes ‚Shared Space‘ und dessen Einführung in Wiesbaden zu prüfen und bei positiver Entscheidung ein Konzept zu erarbeiten, welches auch detailliert darstellt, in welchen Gebieten der Landeshauptstadt Wiesbaden dieses Projekt eingeführt werden könnte,
3. eine Informationsveranstaltung für die Mitglieder des Ausschusses mit der zuständigen Fachverwaltung durchzuführen,
4. eine öffentliche Veranstaltung auszurichten, um auch den Wiesbadener Bürgerinnen und Bürgern das Projekt nah zu bringen.

8. 07-F-07-0011

Fahrbahnteiler in der Idsteiner Straße in Höhe des Antoniusheimes

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 27.02.2007 –

Der Ausschuß möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen, ob in der Idsteiner Straße in Höhe des Antoniusheimes ein Fahrbahnteiler errichtet werden kann, um ein sicheres Überqueren, der vor allem an Wochenenden stark befahrenen Straße, durch die vorwiegend älteren und zum Teil in ihrer Beweglichkeit und Wahrnehmungsmöglichkeit der Umwelt stark eingeschränkten Bewohner des Antoniusheimes zu ermöglichen.
2. die anfallenden Kosten für einen solchen Fahrbahnteiler zu ermitteln.
3. eine Finanzierung der Maßnahme durch überplanmäßige Mittel noch in diesem Jahr sicherzustellen.

Begründung:

Die auf der anderen Straßenseite gegenüber des Antoniusheimes gelegene Bushaltestelle kann ohne Querungshilfe nur unter erheblichen Gefahren erreicht werden. Eine während der Woche durchgeführte Verkehrszählung ist in diesem Zusammenhang dahingehend zu vernachlässigen, da es sich bei diesem Teil der Idsteiner Straße um eine vor allem am Wochenende vom Ausflugsverkehr stark befahrene Strecke handelt.

9. 07-F-07-0013

Bürgersteig an der K 663 zwischen Daimlerring und Siemensstraße

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 27.02.2007 –

Der Ausschuß möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen, ob auf der Südseite der K 663 zwischen Daimlerring und Siemensstraße ein Bürgersteig errichtet werden kann, um die Sicherheit der Fußgänger, die im Gewerbegebiet einkaufen gehen, an der stark befahrenen Verbindungsstraße zwischen Nordenstadt und Erbenheim, zu gewährleisten,

2. die anfallenden Kosten für einen solchen Bürgersteig zu ermitteln,

3. eine Finanzierung der Maßnahme sicherzustellen.

10. 07-F-07-0014

Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Blücherstraße

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 27.02.2007 –

Vorbemerkung:

Die Blücherstraße ist in den Abend- und Nachstunden äußerst schlecht beleuchtet. Es wird von Übergriffen berichtet (z.B. Handtaschenraub). Auf dem Blücherplatz wird Alkohol konsumiert und offenbar immer noch mit Drogen gehandelt. Besonders für Frauen, die hier allein unterwegs sind, ist die Situation nach Einbruch der Dunkelheit unzumutbar.

Der Ausschuß möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie die Beleuchtung der Blücherstraße verbessert werden kann.

11. 06-V-66-0202

Am Helgenpfad - Parkplatz am Sportplatz Amöneburg

- Die Unterlagen werden nachgereicht -

12. 06-V-66-0315

DL 02/07-2

Hauptstraße in Mainz-Kostheim, Anbindung an die B 40 und Errichtung einer Fußgängerüberführung am Steinern-Kreuz-Weg als Maßnahme zur Beseitigung des Bahnüberganges Posten 32, Restarbeiten zur Fertigstellung der Baumaßnahme

13. 07-V-61-0006

DL 05/07-15

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Auf den Erlen-Süd" im Ortsbezirk Auringen; Erneuter Einleitungsbeschluss und erneuter Beschluss zur öffentlichen Auslegung

14. 07-V-61-0007

DL 05/07-16

Bebauungsplanentwurf "Komponistenviertel" im Ortsbezirk Nordost; Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes

15. 07-V-61-0008

DL 05/07-17

Veränderungssperre "Komponistenviertel" im Ortsbezirk Nordost; Satzungsbeschluss

16. 07-V-61-0009

DL 05/07-18

Bebauungsplanentwurf "Östlich der Ahornstraße" im Ortsbezirk Breckenheim; Änderungs- und Offenlagebeschluss

17. 06-V-61-0031

DL 07/07-2

Vorkaufssatzung "Neu-Wolfsefeld" im Ortsbezirk Bierstadt - Satzungsbeschluss -

18. 07-V-80-2301

DL 07/07-5

Verkauf der Grundstücke Kleine Schwalbacher Straße 8 und 10

19. 07-V-03-0001

DL 07/07-1

PublicPrivatePartnership-Verfahren "Zentrales Justiz- und Verwaltungszentrum Wiesbaden, Mainzer Straße": Zuschlagsentscheidung

20. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 06-F-01-0108

ANLAGE

Auslastung von Parkhäusern in Wiesbaden

- **Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 7.11.2006** -

2. 06-V-66-0208

DL 05/07-2

Haltestellenprogramm 2006/2007 Wiesbaden, 4 Haltestellen

3. 07-F-07-0005

ANLAGE

Gestaltung Nerotal

- **Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 30.1.2007** -

4. 07-V-04-0001

DL 07/07-6

Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Städtebau, Architektur und Baukultur der Landeshauptstadt Wiesbaden am 18. Januar 2007

5. 07-V-40-0004

DL 05/07-10

Erhöhung der Schulbaupauschale 2007 um 4,343 Mio. €; Verwendung des Erhöhungsbetrages

6. 07-V-41-0004

DL 07/07-10

Sanierung Burg Sonnenberg - Grundsatzvorlage

7. 07-V-52-0005

DL 07/07-12, 06/07-4

Sanierungsmaßnahmen im Frei- und Hallenbad Kleinfeldchen

8. 07-V-63-0001

DL 07/07-14

Bericht zur 106. vergleichenden Prüfung "Vollzug der neuen Hessischen Bauordnung"

- 9. 07-V-66-0200 DL 07/07-15**
Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr - Wiesbaden-Schierstein
- 10. 07-V-66-0206 DL 07/07-16**
II. Bauabschnitt Ausbau Hafenpromenade, Wiesbaden-Schierstein
- 11. 07-V-66-0301 DL 07/07-17**
Mittelfreigabe für das Gehweginstandsetzungsprogramm in Wiesbaden 2007
- 12. 07-V-66-0303 DL 07/07-18**
Mittelfreigabe für das Frostschadenprogramm in AKK 2007
- 13. 07-V-66-0304 DL 07/07-19**
Fahrbahndeckenprogramm in Wiesbaden 2007/2008
- 14. 06-V-69-0015 DL 07/07-4, 06/07-3**
Projekt Soziale Stadterneuerung Inneres Westend; Ausgestaltung der Grün- und Freifläche
- 15. 07-V-80-2302 DL 07/07-6**
Vergabe von Erbbaurechten an Grundstücken in der Kleinen Schwalbacher Straße an die SEG Stadtentwicklungsgesellschaft m b H
- 16. 07-V-80-2307 DL 07/07-8**
Ankauf von Flächen für die Verbreiterung der Mainzer Straße, der Weidenbornstraße und für den Ausbau der Planstraße 3622 von der ESWE Versorgungs AG

17. 07-V-80-2309

DL 07/07-9

Tausch von Gewerbegrundstücken zur Standortsicherung eines Wiesbadener Unternehmens

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender